

Dem Frieden eine Chance

Die Versuche, politische Probleme militärisch zu lösen, sind zum Scheitern verurteilt. Unschuldige Menschen sterben, Länder werden verwüstet, Hass und Verzweiflung wachsen an. Wir fordern ein Absage an eine Weltneuordnungsstrategie und die Umkehr zu einer neuen Politik, basierend auf internationaler Verständigung, Abrüstung, Gerechtigkeit, Solidarität, Armutsbekämpfung und nachhaltigen Umgang mit der Natur. Wir verlangen von der Bundesregierung die Unterstützung von Alternativen zur zivilen Konfliktregelung, Verhandlungen statt Sanktionen und Kriegsdrohungen.

Truppen raus aus Afghanistan

Der grundgesetzwidrige Einsatz einer deutschen schnellen Eingreiftruppe in Afghanistan verstrickt unser Land noch tiefer in den so genannten Antiterrorkrieg und damit in die direkte Kriegsbeteiligung. Damit geschieht genau das Gegenteil dessen, was die Bundesregierung versprach. Nicht das zivile Engagement wird verstärkt, sondern das militärische. Naher und Mittlerer Osten werden zunehmend zu einem Pulverfass. Der Konflikt wird dadurch weiter geschürt, dass den Palästinensern die Unterstützung für einen lebensfähigen Staat verweigert wird.

Krieg ist Terror und keine Terrorbekämpfung

Seit über sechs Jahren sind für die USA und ihre Verbündeten Afghanistan und der Irak die zentralen Kriegsschauplätze. Insbesondere im Irak hat der Krieg durch die Besatzer hunderttausendfache Todesopfer unter Zivilisten gefordert und Millionenfache Vertreibung. Für die Menschen dieser Länder ist Krieg nur Terror und die fremden Truppen sind Besatzer.

Rüstung tötet schon im Frieden

Den Unsummen für Rüstung und Kriegsführung stehen Almosen für Friedensdienste und Entwicklungshilfe gegenüber. Eine besondere Art von „Entwicklungshilfe“ in Krisengebiete sind zudem Rüstungsexporte aus Deutschland. Bereits mit einem Bruchteil der weltweiten Militärausgaben wären Hunger, Armut und Konfliktpotenziale in Krisenregionen zu bewältigen.

Keine Angriffskriege zur Ausplünderung von Bodenschätzen

Es ist kein Zufall, dass die von den Industrienationen ins Visier genommenen Kriegsgebiete reiche Bodenschätze besitzen oder für deren Transport sehr wichtig sind. Die Umrüstung der Bundeswehr zu einer kriegsfähigen Armee überall auf der Welt, steht im Widerspruch zu Grundgesetz und Hessischer Verfassung. Dieser Verfassungsbruch (Art. 26 des Grundgesetzes verbietet Angriffskriege) wird durch den Reformvertrag der Europäischen Union zur offiziellen Politik.

Kein neuer kalter Krieg in Europa

Seit der geplanten Raketenabwehr der USA in Polen und Tschechien verschlechtert sich das Klima zwischen Russland und der Nato. Es droht ein Rückfall in den Kalten Krieg, gegen den bereits die Ostermarschbewegung in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts gekämpft hat. Die geplante Verlagerung des US-Hauptquartiers nach Wiesbaden macht unsere Region noch mehr zur Drehscheibe für Kriegseinsätze.

Spart endlich an der Rüstung

Wir brauchen keine neuen Waffen und zusätzliche Milliarden für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir brauchen eine Politik, die Konfliktursachen beseitigt und statt Rüstungsgelder zu verschwenden, notwendigen zivilen Projekten wie vorrangig der Beseitigung von Armut zur Verfügung stellt.

Keine Militarisierung im Inneren

Mit ständig geschürter Anti-Terror-Hysterie werden an breiter Front in einem nie da gewesenen Maße demokratische Grundrechte ausgehöhlt. Seit dem verfassungswidrigen Bundeswehreininsatz in Heiligendamm 2007 wird damit auch eine Militarisierung im Inneren legitimiert.

Wir fordern:

Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan
Abzug aller Besatzungsmächte aus Irak und Afghanistan
Unterstützung für einen lebensfähigen Staat Palästina
Armutsbekämpfung statt Bekämpfung der Armen
Demokratie und Menschenrechte statt Militarisierung
Kein US-Hauptquartier in Wiesbaden

Dem Frieden eine Chance - bei uns damit anfangen.

Ostermarsch 2008

An die Organisationen und Initiativen
der hessischen Friedensbewegung

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

die vom 21. bis zum 24. März 2008 stattfindenden Ostermärsche sollen ein Zeichen gegen die weitere Militarisierung der Innen- und Aussenpolitik der Bundesregierung werden. Auch in Frankfurt wollen wir demonstrativ deutlich machen, dass die beabsichtigte Ausweitung des Kriegsgeschehens in Afghanistan und der deutschen Beteiligung daran, nicht unwidersprochen hingenommen wird. Die eindeutige Meinung der Mehrheit der Bevölkerung darf nicht durch eine kriegsbereite Parlamentsmehrheit ins Gegenteil gewendet werden. Der Frankfurter Ostermarsch 2008 steht unter der Überschrift: „**Dem Frieden eine Chance**“. *Diesen Aufruf bitten wir zu unterstützen und zu verbreiten.*

Der Beginn des Ostermarschabschlusses ist am Ostermontag, 24. März 2007 an folgenden Orten geplant:

10.30 Uhr Darmstadt (Fahrrad-Demonstration)
10:30 Uhr Rödelheim, Bahnhof - 11.30 Uhr Bockenheimer Depot
11:00 Uhr Offenbach, Stadthof (Rathaus)
11:30 Uhr Niederrad, Bruchfeldplatz
11:30 Uhr Eschersheim, Am Weißen Stein

Von dort aus demonstrieren die Friedensinitiativen auf verschiedenen Routen zum Römerberg. Hier findet ab 13.00 Uhr die Antikriegskundgebung statt.

Der Aufruf zum diesjährigen Ostermarsch soll als Anzeige am Donnerstag, 20. März 2008 erscheinen und von Organisationen und Initiativen aber auch von vielen Menschen aus der Friedensbewegung unterschrieben und unterstützt werden.

Ich/Wir unterstütze/n diese Anzeige und beteilige/n uns/mich mit einer Spende an der Finanzierung (Mindestbeitrag 15,- €, Organisationen und Initiativen 30,- €). Den Betrag werde ich auf das Ostermarsch-Konto Kt. Nr.: 2613655000 bei der SEB Frankfurt (BLZ 500 101 11) Stichwort: „Ostermarsch“ überweisen.

Name	Vorname	PLZ, Ort	Strasse	Betrag

**Auch Frieden kostet Geld –
Der Ostermarsch wird durch Spenden finanziert:** Sonderkonto
Ostermarsch Kto.-Nr.: 2613655000, SEB-Bank (BLZ 50010111)

Ostermarschbüro c/o Gewerkschaftshaus, W.-Leuschner-Straße 69-77,
Tel.: 069/24249950, Fax: 069/24249951
e-mail: Frieden-und-Zukunft@t-online.de

<http://www.ostermarsch.info>

